

Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

EUROPA AKTUELL

Nr. 9/2014, 16. Oktober 2014

**Liebe Bürger und Bürgerinnen,**

wir alle kennen diese Bilder. Menschen, die im Mittelmeer ertrinken, hoffnungslos überfüllte Unterkünfte und ein unerträglicher Umgang mit Menschen, die unsere Hilfe suchen.

Diese Bilder machen mich betroffen und ich weiß, es geht Ihnen genauso. Wir können nicht weiter nur zuschauen, wir müssen endlich handeln!

Es geht nicht an, dass wir die Menschen alleine lassen und denken, irgendwie werden sie es schon schaffen. Es ist an der Zeit, in der europäischen Flüchtlingspolitik eine Neuorientierung in die Wege zu leiten.

Auch die EU-Innenminister sollten endlich dazu lernen und nicht ein "Weiter so!" mit der Abschottung Europas betreiben. Auf Freiwilligkeit bei der Verteilung Asylsuchender zu setzen, ist nicht mehr als ein Ablenkungsmanöver. Kern der Strategie darf nicht bleiben: Grenzen verstärken, „illegale“ Flüchtlinge aufspüren und abschieben. Nein, mit Humanität und Solidarität hat das rein gar nichts zu tun!

Eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik muss genau hier ansetzen. Wir brauchen die Solidarität aller europäischen Staaten, und nicht nur die von einigen wenigen. Ein humanes Europa muss endlich jeden Menschen willkommen heißen.

Und Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, zeigen ja auch, dass dies möglich ist. In Baden-Württemberg etwa gibt es Bürgerinitiativen, die sich der Integration der Flüchtlinge annehmen und diesen ein offenes und freundliches Land präsentieren. Diese echte Willkommenskultur sollten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zum Vorbild nehmen.

Sichere Fluchtrouten, mehr Möglichkeiten zu legaler Einwanderung und politische wie ökonomische Unterstützung für die Herkunftsländer der Flüchtlinge sind weitere notwendige Maßnahmen. Vorbei die Zeit der Ausreden und gegenseitigen Schuldzuweisungen: Europa muss jetzt Handlungsfähigkeit beweisen – und sich seiner Werte würdig erweisen.

Ihre

INHALT**Seite 1**

- Kolumne
- Politik der EZB

Seite 2

- EuGH-Urteil zu Mindestlohnvorgaben bei öffentlichen Aufträgen

Seite 3

- Udo van Kampen im Gespräch
- Veröffentlichung des TTIP-Mandats
- Termine

Seite 4

- Europäischer Tag gegen die Todesstrafe
- Besuch beim Inner Wheel Club Crailsheim-Schwäbisch Hall
- Evelyne in den sozialen Medien
- Neues aus Europa
- Impressum



Udo Bullmann: „Europäische Zentralbank musste Versagen der Tu-Nix-Politik ausbaden“

Verhandlung des Europäischen Gerichtshofes über Kauf von Staatsanleihen

Vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) startete am Dienstag eine mündliche Anhörung zum Programm der Europäischen Zentralbank (EZB) für Anleiheaufkauf. Die deutschen Verfassungsrichter, die

sich zunächst mit der Klage beschäftigten, urteilten Anfang 2014, dass die EZB ihr Mandat überschreite. Jedoch überwiesen sie den Fall anschließend zur finalen Klärung an den EuGH, das

höchste europäische Gericht.

„Anstelle der Frage nach dem OB und WIE wäre die Frage nach dem WARUM die klügere“, gibt Udo Bullmann, Vorsitzender der SPD-



Abgeordneten im Europäischen Parlament zu bedenken. Als EZB-Chef Mario Draghi im Sommer 2012 ankündigte, alles zu tun, um den Euro zu retten und notfalls unbegrenzt Anleihen von Krisenstaaten aufzukaufen, befand sich die Krise in Europa auf ihrem Höhepunkt.

„Die Kapitalmärkte spekulierten gegen sogenannte Problemstaaten“, kommentiert Udo Bullmann. „Italien und Spanien etwa waren vor Draghis Eingreifen praktisch von der Kapitalmarktfinanzierung abgeschnitten. Italien musste für Staatsanleihen sechs Prozent mehr zahlen als Deutschland, Spanien fünf Prozent. Niemand wusste, wie viele Staaten morgen noch unter dem Dach der gemeinsamen Währung handeln würden. Doch die in Europa von Konservativen und Liberalen dominierte Politik duckte sich vor

dem Problem weg und hoffte, dass das Wasser irgendwann von alleine wieder bergauf fließt“, kommentiert Udo Bullmann.

Draghis Vorpreschen trug zu einer Stabilisierung der Finanzmärkte und zu wiederkehrendem Vertrauen bei, Ende 2012 betrug der Unterschied der italienischen und spanischen zu deutschen Staatsanleihen nur noch drei Prozent. Die Krise schien sich zu beruhigen – vorübergehend. Doch die austeritätsgläubigen Staatschefs nutzten die gekaufte Zeit nicht.

„Auch heute noch riskieren die Konservativen die Zukunft Europas“, kritisiert Udo Bullmann. „Auch heute noch muss die Europäische Zentralbank in die Bresche springen und Verantwortung übernehmen, um stagnierende Wirtschaften und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die EU-Kommission muss endlich

tätig werden und über den engen Horizont von Austeritäts- und Strukturereformen hinausschauen. Für nicht weniger ist sie verantwortlich“, fordert der Wirtschaftsexperte.

Forderungen nach Wachstumsmaßnahmen und fiskalpolitischen Impulsen kommen seit kurzem nicht nur von sozialdemokratischer Seite, aus dem ganzen politischen Spektrum. So richtete Draghi Ende August einen Appell an die Regierungen, stärker auf die Finanzpolitik zur Bekämpfung der Wirtschaftsschwäche in der Eurozone zu setzen. Auch der Internationale Währungsfonds gibt sich besorgt um die Wirtschaftsschwäche in Europa und empfiehlt eine Erhöhung der Investitionen.

Ein abschließendes Urteil des Europäischen Gerichtshofes wird in einem Jahr erwartet. ■

Evelyne Gebhardt: Europäischer Gerichtshof untersagt Mindestlohnvorgaben bei öffentlichen Aufträgen

Der Europäische Gerichtshof hat sich gegen die Möglichkeit ausgesprochen, die Zahlung von Mindestlöhnen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen vorzuschreiben – zum Bedauern der SPD-Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt. Falls die Arbeiten komplett im Ausland erledigt werden, kann etwa der Mindestlohn des Auftraggeberlandes nicht vorgeschrieben werden, urteilte der EuGH kürzlich in Luxemburg.

„Mit diesem Urteil erweist der Europäische Gerichtshof den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Bärendienst“, erklärt die baden-württembergische Abgeordnete. „Bei der Weitervergabe von Aufträgen an Subunternehmer im Ausland müssen die Menschen dort selbstverständlich ebenfalls ange-

messen bezahlt werden, mindestens nach dem dort geltenden Mindestlohn.“

Im vorliegenden Fall entschied die Bundesdruckerei, die von der Stadt Dortmund vergebene Aufgabe an ein Subunternehmen in Polen auszulagern. Laut nordrhein-westfälischem Landesrecht müssen Arbeiten, die mit öffentlichen Geldern bezahlt werden, mit mindestens 8,62 € pro Stunde vergütet werden. Das deutsche Unternehmen beanstandete die Mindestlohnvorgabe für im Ausland erledigte Arbeiten. Demnach sei eine solche Mindestlohnvorgabe ein Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit.

„Mit dieser Entscheidung untermauert das Gericht seine bisherige Position, Unternehmerinteressen von Anbietern aus Billiglohnländern hö-

her zu gewichten als die Interessen der heimischen Unternehmen und ihrer Mitarbeiter“, kritisiert Evelyne Gebhardt, sozialdemokratische Sprecherin des Binnenmarktausschusses des Europaparlaments. „Die Bürger und Bürgerinnen Europas wollen keinen Binnenmarkt, der Hungerlöhnen Tür und Tor öffnet.“

„Der Europäische Gerichtshof sollte seine Rechtsprechung überdenken, die sozialpolitische Ziele und wirtschaftliche Grundfreiheiten in einem Widerspruch sieht“, so Evelyne Gebhardt. „Selbstverständlich müssen Sozialkriterien in einer Ausschreibung auch für Subunternehmer gelten, damit Schlupflöcher für die Umgehung von Ausschreibungsvorgaben geschlossen werden können.“

Sozialdumping und die Ausbreitung



von Subunternehmertum dürften laut Evelyne Gebhardt nicht auch noch mit dem Geld der Steuerzahler finanziert werden. Der Arbeit-

nehmerschutz rechtfertige in solchen Fällen eine partielle Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit, so die Sozialdemokratin. ■



Interessante Einblicke und spannende Anekdoten von einem, der sich im EU-Politikbetrieb auskennt wie kaum jemand sonst: Udo van Kampen, Leiter des ZDF-Studios Brüssel und langjähriger EU-Korrespondent, referierte kürzlich auf Einladung von Evelyne Gebhardt im Europäischen Parlament in Straßburg vor Journalisten und Journalistinnen aus Baden-Württemberg.

Foto: Team EG

Bernd Lange: „Besser spät als nie“ EU-Minister beschließen Veröffentlichung des TTIP- Verhandlungsmandats

Der EU-Ministerrat denkt um: Die zuständigen Minister haben am letzten Donnerstag beschlossen, das TTIP-Verhandlungsmandat zu veröffentlichen und den Text noch am selben Tag der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Mandat legt den Verhandlungsumfang mit den USA fest und stellt den Referenzpunkt dar, an dem sich die EU-Kommission im Rahmen der Verhandlungen orientiert.

Bernd Lange, SPD-Europaabgeordneter und Vorsitzender des Handelsausschusses im Europäischen Parlament, begrüßt diese Entscheidung: „Die Entscheidung, das TTIP-Verhandlungsmandat zu veröffentlichen, war überfällig. Wir Sozialdemokraten fordern seit langem mehr

Transparenz in den Verhandlungen, um eine breite, faktenbasierte öffentliche Debatte zu ermöglichen. Eine unserer Kernforderungen ist nun umgesetzt, was der Debatte um das Abkommen sicherlich gut tun wird.“

„Wir nehmen die Befürchtungen der Menschen sehr ernst und setzen uns für einen sachlichen Dialog ein, was ein Handelsabkommen im Interesse der Menschen zu leisten hat und was nicht. Für mich steht fest, dass die Stärkung von Arbeitsplätzen in Europa und faire Arbeitsbedingungen im Zentrum stehen müssen. Das europäische Wertemodell, wozu unser hoher Verbraucherschutz und die Daseinsvorsorge zählen, darf unter keinen Umstän-

TERMINE

■ 16. Oktober 2014, 19.00 Uhr

Was? Mitgliederversammlung Europa-Union Main-Tauber/Hohenlohe

Wo? Edelfinger Hof,
Bad Mergentheim-Edelfingen

■ 23. Oktober 2014, 19.00 Uhr

Was? „Europa nach den Wahlen“
(FES, Stadt Pforzheim u.a.)

Wo? Reuchlinhaus, Pforzheim

■ 27. Oktober 2014, 19.30 Uhr

Was? „TTIP, CETA und Co. - wie weiter?“ (SPD Ludwigsburg)

Wo? Haus der SPD, Ludwigsburg

■ 28. Oktober 2014, 19.30 Uhr

Was? „Grenzenloser Handel - hinter Mauern?“ (SPD Rems-Murr)

Wo? Residenzstube, Welzheim

■ 7. November 2014, 19.00 Uhr

Was? TTIP-Veranstaltung ,
(NaturFreunde Filder)

Wo? Radsportheim Edelweiß,
Filderstadt-Bonlanden

■ 20. November 2014, 19.00 Uhr

Was? Jahreshauptversammlung
SPD Schwäbisch Hall

Wo? Schwäbisch Hall

■ 21. November 2014, 19.00 Uhr

Was? Werte in der Politik / Evang.
Männervesper

Wo? Nürtingen

■ 27. November 2014, 19.30 Uhr

Was? TTIP-Informationsveranstaltung
(SPD Hohenlohe)

Wo? SSV-Sportheim,
Künzelsau-Gaisbach



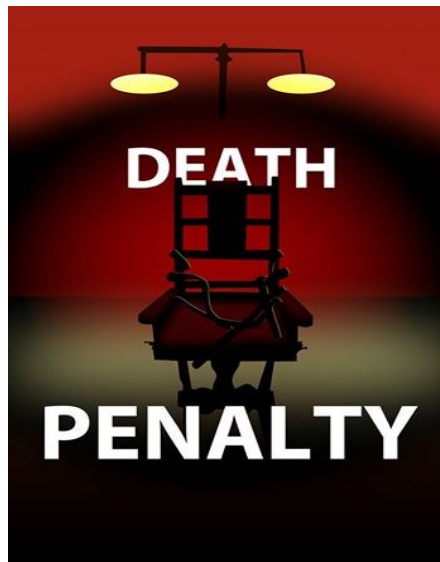
den in Frage gestellt werden. Den Verhandlungsführern auf beiden Seiten des Atlantiks muss inzwischen klar sein, dass eine wachsende Anzahl von Abgeordneten im Europäischen Parlament einen außergerichtlichen Investorenschutz zwischen Staaten mit entwickelten Rechtssystemen für kein zeitgemäßes Instrument ansieht und ISDS-Klauseln im Abkommen ablehnt.“

Bernd Lange: „Im November ist der Zeitpunkt gekommen, um eine Bilanz der bisherigen Verhandlungen zu ziehen und einen frischen Start mit der neuen EU-Kommission zu wagen. Das Europäische Parlament wird sich natürlich in die Diskussion einbringen und seine Position zum derzeitigen Verhandlungsstand darlegen. Verbesserte Transparenz wird dabei eine entscheidende Rolle spielen.“ ■

Evelyne Gebhardt: „Todesstrafe auf den Müllhaufen der Geschichte!“

Zum Europäischen Tag gegen die Todesstrafe am 10. Oktober erklärt Evelyne Gebhardt: „Der Tag erinnert uns daran, dass noch immer 58 Staaten die Todesstrafe vollstrecken, darunter mit Weißrussland auch ein europäisches Land. Ich lehne dieses unmenschliche Steinzeit-Strafmaß mit aller Entschiedenheit ab. Die Todesstrafe widerspricht europäischen Prinzipien wie Humanität und dem Verbot der Folter. Nichts kann die Tötung von Straftätern durch den Staat rechtfertigen, niemandem ist damit geholfen. Europa muss sich deshalb vehement dafür einsetzen, die Todesstrafe weltweit auf den Müll-

haufen der Geschichte zu verbannen! ■



NEUES AUS EUROPA

INFORMATIONSNETZWERK EURODESK:

„Raus von zu Haus“ - rein ins Abenteuer Europa!

Den Horizont erweitern, Erfahrungen sammeln, nette Menschen kennenlernen: Viele junge Leute zieht es während oder nach ihrer Ausbildung ins europäische Ausland - ein wichtiger Beitrag zum weiteren Zusammenwachsen Europas.

Die Möglichkeiten sind vielfältig, da fällt es oft schwer, den Überblick zu behalten. Hier setzt das europäische Jugendinformationsnetzwerk Eurodesk an, das Jugendliche, die

einen Aufenthalt in einem anderen europäischen Land anstreben, kostenlos und neutral berät. Außerdem bietet das Netzwerk Unterstützung für Jugendorganisationen in Förderfragen. ■

Mehr Infos unter:

www.rausvonzuhaus.de

www.europa.eu/youth

Tel. 0228 / 9506-250



Evelyne Gebhardt, zusammen mit der Präsidentin des Inner Wheel Clubs Crailsheim-Schwäbisch Hall, Birgit Eberle, nach ihrem Vortrag über aktuelle europapolitische Themen am 9. Oktober in Crailsheim. Foto: Inner Wheel Club

Evelyne in den sozialen Medien

Facebook:

www.facebook.com/pages/Evelyne-Gebhardt/253121031481890

Youtube:

www.youtube.com/channel/UCzxU2536xTonD8BwNcN3Hqg

IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt
und Frederick Wunderle

Europabüro

Kelbergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 07940 59122
Fax: 07940 59144

info@evelyne-gebhardt.eu

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

evelyne.gebhardt@ep.europa.eu

Bild-Einklinker Kopfbereich:
Copyright PHOTO © European Union